

Sachsen-Anhalt

«Junge Wissenschaftler haben bislang keine Lobby»

Die Biochemikerin Naomi Barak gründet mit Gleichgesinnten die erste Interessen-Vertretung für Doktoranden und Postdocs

VON MICHAEL DEUTSCH, 13.10.09, 17:45h, aktualisiert 14.10.09, 18:19h



Naomi Barak hat mit Gleichgesinnten eine Gewerkschaft für Nachwuchswissenschaftler gegründet. (FOTO: JAN MÖBIUS)

 Bild als E-Card versenden

HALLE/MZ. Wacklige Arbeitsverträge, ungleiche Entlohnung und unklarer Status im wissenschaftlichen Betrieb. Die Rede ist von Doktoranden und sogenannten Postdocs, die nach Ende ihrer Dissertation an einer Uni oder einem Forschungsinstitut befristet angestellt sind. Dieses düstere Bild zeichnet Naomi Barak, die an der Uni Halle selbst promoviert. Die 30-Jährige spricht aus, was sie über ihren Berufsstand denkt: "Nachwuchswissenschaftler haben bislang keine Lobby". Deshalb hat sie mit sechs Doktoranden die erste Plattform für wissenschaftlichen Nachwuchs in Sachsen-Anhalt gegründet.

Baraks Kritik: Promotionsstudenten haben kaum Mitspracherechte an Hochschulen, obwohl sie zu den tragenden Kräften zählen. Sie seien in Forschung und Lehre involviert, werben Drittmittel ein, betreuen Bachelor- und Masterstudenten und leisteten für Professoren eine erhebliche Zuarbeit für deren Publikationstätigkeit.

Doch auch Doktorand ist nicht gleich Doktorand. Neben einer generell schlechten Bezahlung gebe es zwei Klassen. Einerseits die wissenschaftlichen Mitarbeiter, die, beschäftigt an Hochschulen und Forschungseinrichtungen, vollen Anspruch auf Sozialleistungen hätten und auch an den tariflichen Gehaltserhöhungen teilnähmen. Andererseits, so Barak, gibt es Stipendiaten, zu denen sie sich rechnet. "Für diese Gruppe zahlt niemand Sozialleistungen wie Renten- und Arbeitslosenversicherung." Vom Stipendium müsse man sich wie ein Freiberufler selbst versichern. "Und wer nach der Promotion den beruflichen Anschluss verpasst, rutscht sofort in Hartz IV", klagt die gebürtige Hamburgerin, die mit ihrer Kritik längst noch nicht am Ende ist. Als Stipendiat sei man einseitig kündbar, habe weder Anrechte auf Urlaub noch Mutterschutz. "Auch eine Diensthaftpflicht-Versicherung gibt es für mich nicht", zählt die Biochemikerin auf, die im Labor mit teuren Geräten und Apparaturen hantiert.

Barak fordert deshalb für die soziale Absicherung eine gleich gute Bezahlung für alle Doktoranden. Das könnte in den Promotionsvereinbarungen geregelt werden. Auch die Jobs sind knapp geworden. Nachwuchswissenschaftler seien die Leidtragenden, wenn es um Einsparungen an Hochschulen geht. "Ihre Arbeitsplätze wackeln zuerst, weil ihre Stellen befristet sind", sagt Barak, die von einer Crux spricht: "Einerseits will die Politik junge Akademiker im Land halten, andererseits gibt es immer weniger Doktoranden-Stellen."

Die Plattform fordert deshalb einen neuen Status. Doktoranden sollten als wissenschaftliche Berufstätige anerkannt werden und mehr Arbeits- und Mitbestimmungsrechte erhalten. Konkret müsse das an jeder einzelnen Hochschule umgesetzt werden. Je ein Vertreter der Doktoranden könnte - identisch wie der Studentenrat - an den Senatssitzungen teilnehmen, sagt Barak. Diese Senatsbeisitzer erstatteten dann Rapport bei der Landes-Sprechergruppe, welche dann die Interessen der Promovierenden in höherer Instanz beim Kultusminister vertritt oder sogar dem Landtag vortragen könnte, erklärt sie. Um die Ziele zu verwirklichen, braucht die Plattform noch Verstärkung aus den eigenen Reihen. "Wir stehen allen offen", sagt Naomi Barak. Ein Stammtisch finde monatlich abwechselnd in Magdeburg und Halle statt.

Kontakt und Infos zur Plattform findet man im Internet unter www.burg-halle.de/wzw/nachwuchsplattform